



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn  
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: [BBU-Bonn@t-online.de](mailto:BBU-Bonn@t-online.de), Homepage: [www.BBU-online.de](http://www.BBU-online.de)  
Facebook: [www.facebook.com/BBU72](http://www.facebook.com/BBU72)  
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

## BBU-Newsletter

18. Jahrgang, Nummer 04 / 2021

\*\*\*\*\*

### *Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,*

Weihnachten steht vor der Tür und als besonderes „Geschenk“ werden Ende Dezember in der Bundesrepublik drei AKW stillgelegt. Doch damit ist der Ausstieg noch lange nicht besiegelt: Die letzten AKW sollen erst Ende 2022 vom Netz gehen, in Lingen und Gronau wird weiterhin unbefristet Uran für AKW in aller Welt verarbeitet, Garching läuft weiter, das Atommüllproblem lässt sich schon lange nicht mehr unter den Teppich kehren ... und auch international müssen der Atomindustrie noch etliche Riegel vorgeschoben werden.

In anderen Themenbereichen wird es 2022 ebenfalls weiterhin viel Arbeit für Bürgerinitiativen und Umweltverbände geben: Die Klimakatastrophe wird immer offensichtlicher, von einer echten Verkehrswende sind wir weit entfernt und das Artensterben schreitet voran. Dennoch müssen wir optimistisch bleiben und die wichtige Arbeit an den Standorten der Atom(müll)anlagen, die Arbeit gegen neue Straßenprojekte und für mehr Naturschutzgebiete u. a. m. konsequent und vernetzt fortsetzen.

Spätestens beim Stichwort „vernetzen“ kommt der BBU ins Spiel: Wir werden weiterhin als Dachverband die Arbeit der Bürgerinitiativen im Umweltbereich unterstützen und vernetzen, Veranstaltungs- und Aktionsaufrufe verbreiten, die örtliche Arbeit mit überörtlicher Pressearbeit begleiten und neuen Initiativen bei ihrer Gründung helfen.

Doch auch der BBU ist auf Unterstützung angewiesen. Wir freuen uns über neue BBU-Mitglieder und natürlich auch über solidarische Spenden, die der Arbeit des gesamten BBU den Rücken stärken.

**BBU-Spendenkonto:**  
**Sparkasse Köln/Bonn, IBAN:**  
**DE62 3705 0198 0019 0026 66,**  
**SWIFT-BIC: COLSDE33**  
**Stichwort: Weihnachtsspende**

BBU-Aufnahmeanträge findet man unter  
<https://www.bbu-online.de/html/antrag.htm>



Der BBU-Vorstand, die BBU-Geschäftsstelle und die BBU-Newsletter-Redaktion wünschen Euch ein schönes Weihnachtsfest, erholsame Tage zwischen den Jahren und einen guten Rutsch in ein möglichst gesundes und engagiertes Jahr 2022

PS: Der gewohnte postalische BBU-Brief zum Jahreswechsel wird die BBU-Mitglieder als Neujahrsbrief im Januar erreichen. Bitte teilt mögliche Adressänderungen zeitnah der BBU-Geschäftsstelle mit.

## Aus Vorstand und Geschäftsstelle

### Aktuelle Informationen des BBU ...

... findet man immer unter

<https://www.facebook.com/BBU72> sowie unter

<https://bbu-online.de/Presse.htm>. Und bei konkreten Fragen oder Aktionsvorschlägen einfach eine E-Mail an den BBU senden: [BBU-Bonn@t-online.de](mailto:BBU-Bonn@t-online.de).

**Termine:** <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

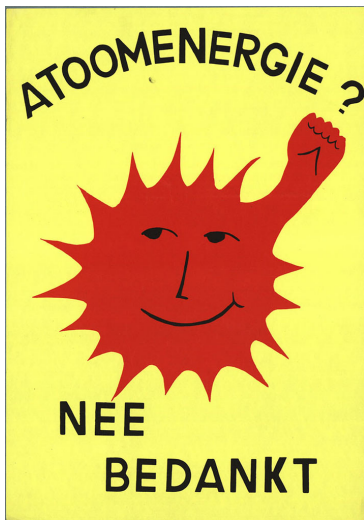
## Themenbereiche

### Atomenergie

Mitteilung der Laka Stiftung, dem niederländischen Dokumentations- und Forschungszentrum über Atomenergie, vom 17.12.2021:

#### **NIEDERLANDE: NEUES KABINETT WILL NEUE ATOMKRAFTWERKE**

Während Deutschland "aussteigt", hat die Atomlobby in den Niederlanden im vergangenen Jahr ihren Höhepunkt erreicht. Dies hat viel mit dem Aufkommen der (extremen) Rechten und des Populismus zu tun. Im Wahlkampf, der jetzt fast ein Jahr zurückliegt, wurde die Klimapolitik auf die Frage "reduziert", ob man für oder gegen die Kernenergie ist. In diesem Fall gab es die irriige Annahme, dass Atomenergie gute Klimapolitik ist. In dieser 'Debatte' hatten die linken Parteien keine Chance: Die Rechten, die Parteien die eigentlich keine Klimapolitik machen wollen, die teilweise gar nicht an die Erwärmung glauben oder daran zweifeln, dass der Mensch überhaupt Einfluss auf das Klima hat, sind für neue Atomkraftwerke als Beitrag zur Klimapolitik. Und sie sind auch dafür, dass es die Regierung etwas kosten darf. Das ist der Hauptunterschied zur Vergangenheit: neue Atomkraftwerke wurden von den Kabinetten immer wieder angekündigt, zum ersten Mal 1973! Aber jetzt sagen die Regierungs-Parteien, die von Subventionen generell nichts wissen wollen, dass (viele) Subventionen in die Atomenergie fließen müssen.



Zusammen mit dem Vorstoß für die Atomenergie gibt es eine große Kampagne gegen Sonne und Wind, was den Bau von Windrädern auf lokaler Ebene sehr schwierig macht. Zusammen mit dem Mythos "Ohne Kernenergie geht es nicht, mit Wind und Sonne allein werden wir es nicht schaffen", wird Stimmung für die Atomindustrie gemacht.

Das Ergebnis ist, dass das Kabinett in der Donnerstag vorgelegten Koalitionsvereinbarung nach der längsten Regierungsbildung aller Zeiten - die Wahlen waren am 17. März 2021(!) - "die notwendigen Schritte" für den Bau von zwei Atomkraftwerken unternehmen will. Bis 2030 werden fünf Milliarden Euro für diesen Zweck bereitgestellt. Das Kabinett möchte auch, dass das AKW in Borssele länger in Betrieb bleibt; derzeit muss das seit 1973 in Betrieb befindliche Atomkraftwerk im Jahr 2033 geschlossen werden.

#### ATOMMÜLL POLITIK

Ein interessanter Satz im Koalitionsvertrag lautet: "Wir werden auch die sichere und dauerhafte Lagerung von Atommüll sicherstellen." Was das bedeutet, ist unklar. Bisher ist die niederländische Politik darauf ausgerichtet, bis 2130 ein Endlager für radioaktive Abfälle zu haben. Dies wurde vorgezogen, weil Ende der 70er Jahre, als die Möglichkeit der Lagerung radioaktiver Abfälle in Salzstöcken im Norden der Niederlande untersucht wurde, der Widerstand dagegen so groß war, dass er den (Ausbau des) Atomenergieprogramms gefährdete. Um den Widerstand zu brechen, wurde dann eine Zwischenlagerung (für 50-100 Jahre) entwickelt. Dies gelang am Standort Borssele, und seither ist das Atommüllproblem in den Niederlanden "gelöst" und die Endlagerung um 100 Jahre verschoben worden.

Laka setzt sich seit langem dafür ein, dass die Entscheidung über die Endlagerung schnell getroffen wird: Wir wollen eine Politik, bei der die Endlagerung bis 2040 realisiert sein muss. Was das Kabinett mit diesem Satz mit der „sicheren Lagerung“ meint, ist daher unklar, aber wir vertrauen

nicht darauf, dass er einen Bruch mit der bisherigen Politik darstellt und eine schnelle Realisierung der Endlagerung bedeutet. Die Atomkraftbefürworter haben kein Interesse an einer schwierigen und polarisierten Diskussion darüber, wo der gesamte niederländische Atommüll gelagert werden soll. Dann wird klar, dass niemand den Atommüll will, und die neuen Atomkraftwerke werden wieder diskutiert und vielleicht abgelehnt werden.

#### ANTI-ATOMKRAFT-BEWEGUNG

Kurz gesagt, die Situation in den Niederlanden in Bezug auf die Atomenergie ist schwierig. Die Anti-Atomkraft-Bewegung, die seit Tschernobyl eher schwach ist, muss sich neu erfinden. Schon zu lange ist die Rede davon, dass die Atomenergie in den Niederlanden von selbst verschwinden wird, weil der Status quo nach Tschernobyl ist: neue Atomkraftwerke sind gesellschaftlich unmöglich. Und dann werden die beiden bestehenden von selbst abgeschaltet. Das Atomkraftwerk in Dodewaard wurde 1997 stillgelegt, und auch das AKW Borssele stand damals kurz vor der Schließung. Im Jahr 2004 wurde jedoch eine Laufzeitverlängerung bis 2013 und einige Jahre später bis 2033 vereinbart. Grenzüberschreitende Proteste gibt es noch immer gegen die Urananreicherungsanlage der Urenco in Almelo (NL), eine Schwesteranlage der UAA in Gronau (D).

Die großen Umweltorganisationen - Greenpeace, Milieudefensie - sind nach wie vor gegen die Atomenergie, aber sie äußern sich nicht klar und führen keine Kampagne dagegen. Die (neue) Klimabewegung ist sich über die Atomenergie nicht im Klaren: Fridays for Future ist dagegen, aber die in den Niederlanden größere und aktivere XR (Extinction Rebellion) äußert sich nicht.

Dass alles soll sich ändern, aber das zu organisieren wird nicht einfach sein...

Laka ist eine Freiwilligenorganisation ohne bezahltes Personal und (daher) mit wenigen Ressourcen und Möglichkeiten. Es ist wichtig, die Menschen, die gegen die Atomenergie sind, zu sammeln und zu organisieren. Und sich dann gemeinsam gegen die Pläne der Atomindustrie quer zu stellen!

Atomenergie ist keine Klimapolitik. Es ist eine gefährliche Ablenkung.

#### SPENDENAUFTRUF

Alles ist im Moment wegen Corona schwierig, aber gemeinsam kann es gelingen, die Laufzeitverlängerung für das AKW Borssele zu verhindern und die neu geplanten Atomkraftwerke zu stoppen! Hilfe bei den Protesten haben schon der Arbeitskreis Umwelt (AKU Gronau, das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) signalisiert. Bitte unterstützen auch Sie uns! Bei einem Atomunfall in den Niederlanden wäre bei Westwind besonders auch die Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland betroffen.

Spendenkonto:

Laka Stiftung, Amsterdam, IBAN: NL54 TRIO 0390 9021 79

oder via: <https://www.laka.org/donation>

Laka ist das Dokumentations- und Forschungszentrum über Atomenergie.

Laka ist vollständig auf Ihre Spende angewiesen.

Laka Stiftung, [info@laka.org](mailto:info@laka.org), +31 (0)20-6168294, Ketelhuisplein 43, Amsterdam, 1043 RD, Netherlands



#### Plakataktion in Lingen zum 10. Fukushima-Jahrestag (März 2021) / Keine neuen AKW in den Niederlanden!

Das AKW Lingen 2 soll Ende 2022 stillgelegt werden. Das ist grundsätzlich gut – aber zu spät! Und: Es darf nicht sein, dass nach der Stilllegung des AKW Lingen 2 neue AKW in den Niederlanden die Bevölkerung beiderseits der Grenze bedrohen. Wir brauchen eine starke deutsch-niederländische Anti-Atomkraft-Bewegung. Für die sofortige Stilllegung aller AKW und Atomanlagen in den Niederlanden, in der Bundesrepublik und auch anderswo. Und keine AKW-Neubauten!



## Gorleben Rundschau Januar – März 2022

Die neue Gorleben Rundschau der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg ist erschienen. Man kann sie online lesen (auch ältere Ausgaben), man kann sie aber auch kostenlos abonnieren, wobei sich die BI sicherlich auch über eine Spende freuen würde.

In der Gorleben Rundschau wird über die Entwicklungen in und um Gorleben, über den Endlagersuchprozess und über viele weitere wichtige Themen berichtet. Ausführliche Informationen unter <https://www.bi-luechow-dannenberg.de/material/gorleben-rundschau>.

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg ist eine Mitgliedsorganisation des BBU.

## anti atom aktuell (aaa) Nummer 296

Ebenfalls noch vor Weihnachten ist die neue Ausgabe der anti atom aktuell (aaa) erschienen – Die Zeitung für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen. Informationen über die Inhalte und Abopreise, sowie Fotos von Aktionen und viele weitere spannende Informationen, findet man unter <https://www.anti-atom-aktuell.de>.

## 22. Januar: Protest vor der / gegen die Brennelementefabrik in Lingen

Am **22.1.2022** ab 13 Uhr wird bei ANF in Lingen eine Kundgebung gegen den geplanten Atom-Deal mit Russland veranstaltet, zu der auch Vladimir Slivyak von der Umweltorganisation ECODEFENSE (Russland) kommen wird, der in diesem Jahr den Alternativen Nobelpreis für seine Arbeit gegen die Atomtransporte von Gronau nach Russland und seine anderen Arbeiten im Bereich Umwelt erhielt.

Kontakt: <https://atomstadt-lingen.de>



## Klimaschutz

### 8.1.2021: Demonstration in Lützerath

#### Unser Urteil: klimagerechtigkeit – #Lützerathbleibt!

Es ist so weit: Nach über einem Jahrhundert Braunkohleabbau durch RWE können wir das Ende dieser Zerstörung besiegeln. Wir brauchen deshalb jede\*n von euch hier im Rheinland! Auf den Straßen und in den Bäumen.



Durch den jahrzehntelangen Druck der Straße sollen die fünf Dörfer Keyenberg, Kuckum, Berverath, Ober- und Unterwestrich am Tagebau Garzweiler II gerettet werden. Ein großer Sieg der Klimagerechtigkeitsbewegung! Doch die Ampelkoalition ist nicht bereit, die Zerstörungen für den Klimakiller Kohle endlich zu beenden und überlässt das Schicksal von Lützerath den Gerichten. Bis zum 7. Januar soll das Oberverwaltungsgericht Münster entscheiden: Darf RWE Eckardt Heukamp, den letzten Landwirt von Lützerath, im Eilverfahren enteignen und mit den Abrissbaggern anrücken? Unser Urteil ist klar: Lützerath muss bleiben, genau wie die Kohle darunter

im Boden bleiben muss. 1,2 Grad Klimaerwärmung sind bereits jetzt die Hölle für viele Menschen auf der Welt, insbesondere im globalen Süden. Wir können uns kein weiter so leisten!

**Am Tag nach der Urteilsfrist, am 8. Januar um 12 Uhr, rufen wir zur zweiten großen Demonstration in Lützerath auf. Wir werden gelbe Xe vor dem Dorf hinterlassen – das Symbol für den Braunkohlewiderstand. RWE darf Lützerath nicht zerstören!**

Unser Protest wird nicht durch den „idealerweise 2030“ anvisierten Kohleausstieg verstummen. Denn trotz aller Lippenbekenntnisse: Die Ampel ist weiterhin nicht auf 1,5°-Kurs, geschweige denn darunter. Auch die neue Regierung findet es wichtiger, den Energie“bedarf“ der deutschen Industrie zu decken, als unsere Lebensgrundlagen zu erhalten und global gerecht zu handeln. Hier in Lützerath entscheidet sich, ob Deutschland, einer der größten Verursacher der Klimakrise, noch ein weiteres Dorf seiner schmutzigen Energiegewinnung opfert – oder ernsthaft versucht, unter dem 1,5° Limit zu bleiben. Wir sagen: Keine Kompromisse um Lützerath, keine Kompromisse mit der Erhaltung des Lebens!

#### Ablauf & Aktionsbild

Die Demo startet am Samstag den 8.1.22 um 12 Uhr in Lützerath. Es gibt ein spannendes Bühnenprogramm, einen Demonstrationzug und eine Aktion: Bringt gelbe Xe mit und hinterlasst sie in einer großen gemeinsamen Aktion als Zeichen eurer Solidarität! Zusammen sagen wir: RWE darf Lützerath nicht antasten!

#### Anreise

Die nächstgelegenen Bahnhöfe sind Erkelenz und Hochneukirch. Wir werden vor und nach der Demo **Shuttles** zwischen den Bahnhöfen und Lützerath einrichten.

Quelle und weitere Informationen: <https://www.alle-doerfer-bleiben.de>

## Klimastreiks



Auch 2021 wurde immer wieder phantasievoll mit Klimastreik-Aktionen auf die zunehmende Klimakatastrophe hingewiesen. Einer der Höhepunkte war dabei sicherlich der bundesweite, dezentrale Aktionstag am 24. September 2021. In Lingen (Foto) wurde an diesem Tag eine Fahrrad-Demonstration durchgeführt.

Weitere Informationen: <https://fridaysforfuture.de>



## Landwirtschaftspolitik

### **Aufruf zur Wir haben es satt!-Demo am 22. Januar 2022**

### **Neustart Agrarpolitik jetzt! #WHES22: Auf die Straße für Bauernhöfe, Tiere und das Klima**

**Die Landwirtschaft steckt mitten in der Krise.** In der Klimakrise, deren Auswirkungen weltweit zu spüren sind. In der Krise der Artenvielfalt, in der täglich Lebensräume zerstört werden und Insekten aussterben. Und in der Krise des Höfesterbens: Immer mehr Bäuer\*innen geben auf, weil sie ruinöse Preise für ihre Lebensmittel bekommen.



**Die alte Bundesregierung hat all dem tatenlos zugesehen und immer wieder die Interessen der Agrar- und Lebensmittelindustrie verteidigt.** Die Folgen: Die Bauernhöfe werden mit dem Umbau der Tierhaltung allein gelassen. Immer noch werden zu viele Tiere schlecht gehalten und industrielle Megaställe verdrängen zunehmend kleine und mittlere Höfe. Europäische Dumpingexporte zerstören bäuerliche Existenzen im globalen Süden. Weltweit hungern immer mehr Menschen – und auch in Deutschland fehlt vielen das Geld, um gesund und nachhaltig zu essen.

**Doch jetzt ist Schluss damit: Wir haben die agrarpolitischen Blockaden satt!** 2022 startet eine neue Bundesregierung – die Chance für einen Neustart der Agrar- und Ernährungspolitik. Die Vorschläge von Bäuer\*innen, Verbraucher\*innen und Umwelt- und Tierschützer\*innen liegen schon längst auf dem Tisch. Neustart Agrarpolitik bedeutet: **Mehr Verlässlichkeit und Unterstützung für Bauernhöfe!** Wer gute Lebensmittel produziert, muss die Unterstützung der Politik erhalten. Und wer in Zukunft ökologischer und tiergerechter produzieren will, soll Hilfe bei der Umstellung bekommen. Fördergelder, die nur Landbesitz belohnen oder Naturzerstörung und Klimakrise vorantreiben, gehören abgeschafft.

Neustart Ernährungspolitik heißt: **Mehr Transparenz für Verbraucher\*innen!** Wer umweltfreundlich und artgerecht produzierte Lebensmittel einkaufen will, muss diese auf den ersten Blick erkennen können. Der Preis dafür muss erschwinglich, aber fair für die Erzeuger\*innen sein. Preisdumping auf Kosten von Klima und Artenvielfalt muss gestoppt und gentechnikfreie Lebensmittelerzeugung sichergestellt werden.

**Damit die neue Bundesregierung den Neustart anpackt, braucht es jetzt unseren Druck auf der Straße!**

Wir sind die bunte, entschlossene und vielfältige Bewegung, die für eine zukunftsfähige Agrar- und Ernährungspolitik demonstriert – und wir haben Agrarindustrie satt! Zum Auftakt der Grünen Woche, wenn Landwirtschaft und Ernährung in aller Munde sind, gehen wir in Berlin auf die Straße und fordern von der neuen Bundesregierung: **Blockadepolitik beenden – Neustart Agrarpolitik jetzt!**

#### **Wir fordern:**

Klimakrise aufhalten, mit gesunden Böden, Vielfalt auf dem Acker & mehr Gemüse auf dem Teller!

- Höfesterben stoppen, faire Preise, Umbau unterstützen & Ackerland in Bäuer\*innenhand!
- Tierfabriken dichtmachen, für artgerechtere Haltung ohne Tierleid & Ausbeutung!
- Artensterben verhindern, Vielfältige Fruchtfolgen statt Monokulturen, Giftexporte stoppen & Glyphosat-Ausstieg durchsetzen!
- Hunger bekämpfen, Megakonzerne entflechten, Handel fair gestalten & Agro-Gentechnik verhindern!

#### **Tragt mit uns gemeinsam den Protest mit Abstand und Maske ins Regierungsviertel!**

Demo: Samstag, 22.1.22 | 12 Uhr | Brandenburger Tor | Berlin

Quelle und weitere Informationen: <https://wir-haben-es-satt.de>

**Impressum:** BBU-Newsletter Nr. 04 / 2021, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletter (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.01.2022. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminhinweise werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: [udo.buchholz@bbu-bonn.de](mailto:udo.buchholz@bbu-bonn.de). In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken. Wer den Newsletter nicht mehr beziehen möchte, kann ihn mit einer kurzen Email an [udo.buchholz@bbu-bonn.de](mailto:udo.buchholz@bbu-bonn.de) abbestellen.